

Knappe Sache mit den Schwellen

Neuensorg Was die Bürger rund um die Frohnlacher Straße wollen. **Seite 6**



2G Plus, Zuschauerbegrenzung, Verbot

Corona Wie es in der Pandemie mit den Hallensportarten weitergeht. **Seite 21**

Weniger offene Impftermine

CORONA Stadt und Landkreis ändern ihre Strategie. Impfstoff-Mangel soll kein Grund sein



Stundenlang Schlange stehen soll es nicht mehr so häufig geben. Impfwillige sollen sich wieder vermehrt anmelden.

Grafik: Franziska Schäfer

VON CHRISTIAN GRIMM

Berlin – Was vor wenigen Wochen noch entschieden ausgeschlossen wurde, wird peu à peu zu denkbarer Politik. Im Angesicht der vierten Welle mit ihrer bisher nicht gekannten Ausbreitungsgeschwindigkeit fordern immer mehr Politiker, dass die Impfung gegen das Corona-Virus für alle zur Pflicht wird. Unter den Spitzenpolitikern bezieht CSU-Chef Markus Söder am deutlichsten Position: „Nur eine allgemeine Impfpflicht kann die Corona-Dauerschleife beenden und gesellschaftlichen Frieden schaffen“, sagte der bayerische Ministerpräsident.

Söder hat damit seine Position geändert. Er gehörte zwar zu den ersten, die verpflichtende Immunisierungen für Pflegerinnen und Pfleger in Altenheimen ins Spiel brachten, lehnte das aber bislang für jedermann ab. Der Grund für seinen Meinungswechsel ist die Sorge,

dass Deutschland ohne Durchimpfung der Bevölkerung immer wieder von Corona-Wellen überspült wird mit all dem menschlichen Leid, der Überforderung der Krankenhäuser und wirtschaftlichen Schäden wegen geschlossener Kneipen, Hotels, Theater oder Kinos. Söders Stellvertreter Hubert Aiwanger stellte sich nicht gegen eine generelle Impfpflicht, sieht aber viele ungeklärte Fragen bei dem sensiblen Thema.

Spahn bleibt weiter skeptisch

Die scheidende Bundesregierung hat in den letzten Monaten eine Impfpflicht bis zuletzt abgelehnt. Bei der Konferenz mit den Ministerpräsidenten in der vergangenen Woche haben Bund und Länder die Einführung der obligatorischen Impfung gegen den Corona-Erreger für das Personal in Altenheimen und Krankenhäusern beschlossen. Nicht überzeugt davon ist bis heute Noch-Gesundheits-

minister Jens Spahn. „Sie kennen meine skeptische Haltung. An der hat sich auch nichts verändert“, sagte der CDU-Politiker. Er befürchtet, dass sich in der Altenpflege ein Teil des Personals weigert und nicht mehr zur Arbeit erscheint. Seine Skepsis bezieht sich aber auch auf die Durchsetzung einer allgemeinen Pflicht. Regierungssprecher Steffen Seibert erklärte, dass das nur noch geschäftsführende Kabinett in dieser Frage keine Entscheidung mehr treffen werde. Vom Tisch ist sie damit aber nicht. Das Justizministerium hält eine Impfpflicht mit dem Grundgesetz vereinbar.

In den Reihen der kommenden Regierungskoalition ist der Pflicht-Piks umstritten. So spricht sich zum Beispiel der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach mittlerweile dafür aus. „Die Impfpflicht beendet den Horror“, sagte er und verwies darauf, dass Deutschland in einem Jahr ansonsten wieder vor der glei-

chen Situation stehe. Seine Kollegin Sabine Dittmar hingegen lehnt die weit in das Private reichende Vorschrift für alle ab. Sie will die Impfpflicht auf Seniorenheime, Krankenhäuser und Kindergärten begrenzen. „Denn es geht darum, die besonders vulnerablen Gruppen, zu denen es engen körperlichen Kontakt gibt, bestmöglich zu schützen“, sagte Dittmar. In Deutschland gilt für Kindergärten und Schulen eine verpflichtende Masernimpfung – sowohl für die Kinder, als auch für Erzieher und Lehrer. Wer sein Kind nicht impfen will, kann es nicht in die Kita oder Schule schicken. Pädagogen, die sich keine Masern-Impfung geben lassen wollen, droht ein Bußgeld von 2500 Euro.

Derweil wollen Stadt und Landkreis Coburg weniger offene Impftermine anbieten sondern setzen vermehrt auf Impfungen nach zentraler Anmeldung für die Impfzentren. **Seiten 2, 4**

Knochenfund in Sandkasten

Coburg – Auf einem Spielplatz wurde ein Knochen gefunden. Er stammt wohl von einem Menschen. **Seite 3**

Feuerwehr-Oldie sucht neues Heim

Coburg – Der Feuerwehrverein sucht einen Stellplatz für seinen Drehleiter-Oldtimer. **Seite 5**

Kampf um die Ampelposten

Berlin – Der Koalitionsvertrag steht kurz vor der Fertigstellung. Bei den Personalien knirscht es aber. **Seite 15**

Krisenfester und gerechter?

Brüssel – Die EU stimmt über ihre Agrar-Reform ab. Deutsche Parlamentarier sind enttäuscht. **Seite 16**

Kritik am neuen Spielmodus

Ebersdorf – Während die Ebersdorfer Landesliga-Elf profitiert, ist der SV Friesen schockiert. **Seite 22**

20 Jahre Zauberschule

London – 2001 startete der erste Film der Harry-Potter-Reihe in den Kinos. Die Faszination hält an. **Seite 28**

JAHRESWECHSEL

Polizei fordert Böllerverbote an Silvester

München – Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPOLG) in Bayern fordert angesichts der dramatischen Corona-Lage Verbotszonen für Silvesterböller. „Bleiben die Corona-Zahlen und insbesondere die Belastungen in den Krankenhäusern so hoch, dann ist es sicherlich nicht der richtige Weg zu böllern und dadurch die Risiken auf Notfälle und Verletzungen noch mal zu vergrößern“, sagte der Landesvorsitzende Jürgen Köhnlein vor allem mit Blick auf die Intensivstationen. „Jeder zusätzliche Notfall bringt die Helferket-

te in Bedrängnis.“

Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) hat bereits entsprechende Pläne. Dieses Jahr werde in München wahrscheinlich gar nicht geknallt, sagte er am Sonntag im Bayerischen Fernsehen. Vor einem Jahr war das Abbrennen und Mitführen von Pyrotechnik bayernweit in der Silvesternacht an publikumsträchtigen Orten untersagt. In München galt das für das gesamte Gebiet innerhalb des Mittleren Rings, auch auf Privatgrundstücken.

Ohne eine Regulierung rech-

net Köhnlein mit einer Mehrbelastung für Rettungsdienste, Krankenhauspersonal, Polizei und Feuerwehr. Die Polizei wolle die Silvesterlaune nicht verderben. „Aber auf den Lärm, die vorhersehbaren Brände und auch die große Umweltbelastung, können wir aus Rücksicht auf diejenigen, die mit den Folgen dieser „Gaudi“ dann zu kämpfen haben, gerne verzichten.“ Der Landesvorsitzende rät den Kommunen zu gezielten und restriktiven Verboten vor allem in den Innenstädten – und zu schnellem Handeln. **dpa**

TELEFONAKTION

Heute geht es um die Schilddrüse

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED
IRMTRAUD FENN-NEBEL

Forchheim/Bamberg – Sie ist bei Erwachsenen nur etwa 20 Gramm schwer, beeinflusst aber unser Leben auf eine Art und Weise wie sonst kaum ein anderes Organ: Die Schilddrüse. Sie kann eine ganze Reihe von Erkrankungen mit sich bringen.

Bei einer Telefonaktion dieser Zeitung können Betroffene am heutigen Dienstag mit zwei Fachärzten über Diagnose und Therapie aller Schilddrüsenerkrankungen sprechen. Von 17

bis 18.30 Uhr stehen folgende Experten unseren Lesern Rede und Antwort: Dieter Regnet, der als Oberarzt, Chirurg und Schilddrüsenexperte am Klinikum Forchheim-Fränkische Schweiz tätig ist, und Dr. Roland Wondra, niedergelassener Nuklearmediziner und Schmerztherapeut im Radiologieteam Dr. Strühn und Kollegen in Forchheim.

Fast jeder zweite Mensch ab 60 Jahren ist von einer Schilddrüsenerkrankung betroffen. Die meisten der damit einhergehenden Knoten müssen nicht

operiert, aber im Verlauf kontrolliert werden. Wer mehr wissen möchte, erreicht bei unserer heutigen Telefonaktion Dieter Regnet unter der Durchwahl 0951/188-221 und Roland Wondra unter 0951/188-226.

inFranken.de

